

## „Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg“

(vormals „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass Baden-Württemberg“)



Christina Lipps (Sprecherin)

Pariser Ring 39

76532 Baden-Baden

[c.lipps@posteo.de](mailto:c.lipps@posteo.de)

07221/62224

Herrn Ministerpräsident  
Winfried Kretschmann

Staatsministerium Baden-Württemberg

Richard-Wagner-Straße 15

**70184 Stuttgart**

**poststelle@stm.bwl.de**

### Bitte um ein persönliches Gespräch

Baden-Baden, 05.01.2023

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

seit 2012 arbeitet die Initiativgruppe von vom Berufsverbot Betroffenen - in der Folge der Anwendung des Radikalenerlasses - daran, dass die ihnen widerfahrene Behandlung als Unrecht anerkannt wird: Es geht um Entschuldigung, Rehabilitierung und Entschädigung.

Sie kennen die ganze Geschichte, denn von Anfang an haben wir uns mit diesen Ansinnen an Sie gewandt – nicht zuletzt in der Erwartung von Solidarität von einem damals Mit-Betroffenen, der aber – wie Sie selbst sagen - „Glück gehabt“ hat.

Heute – über 10 Jahre später - stehen unsere Forderungen immer noch unbearbeitet und missachtet im Raum, obwohl die wissenschaftliche Aufarbeitung, die Sie als Voraussetzung immer gefordert hatten, nun seit Mai 2022 vorliegt. Sie bestätigt eindrucksvoll unsere seit je vertretene Haltung, dass es sich um ein generelles Unrecht handelt(e), dem nun endlich abgeholfen werden muss, ehe es zu spät für uns ist.

Die viermalige Übersendung von umfangreichem Informationsmaterial – mit Rückschein – u.a. Dokumente der ILO zum Thema – seit Februar 2022 wurde von Ihrem Hause ignoriert und nicht einmal der Empfang bestätigt.<sup>1)</sup>

Nur fünf Jahre nach dem „Schwarzen Donnerstag“ - dem Wasserwerfer- und Polizei-Einsatz gegen die Stuttgart-21-Gegner (den Sie ebenso wenig zu verantworten haben wie die Berufsverbote), haben Sie sich immerhin bei den Betroffenen persönlich entschuldigt.<sup>2)</sup> Auch wenn unsere Forderungen weiter gehen - wäre eine Entschuldigung nicht ein guter Anfang?

Wir wenden uns nun mit einem neuen Vorschlag an Sie:

**Wir bitten um ein persönliches Gespräch mit Ihnen.** Natürlich wollen wir nicht alle bei Ihnen erscheinen - wir wären viel zu viele -, sondern lediglich eine Delegation von vielleicht drei Vertreter\*innen der Betroffenen. Ein Gespräch im Dezember 2022 mit Frau Olschowski hat gezeigt, dass der persönliche Kontakt weiterführend sein kann.

In Kenntnis Ihres dichtgedrängten Terminkalenders schlagen wir dennoch schon einen Termin im Februar 2023 als Zeitraum vor – nach elf Jahren Warten läuft uns die Zeit weg...

Dieser Brief geht Ihnen postalisch und zeitgleich als Mail zu.

In der Hoffnung auf eine baldige positive Antwort auf einem dieser beiden Wege im Namen und Auftrag der Initiativgruppe

*Christina Lipps*

P.S. Wir werden diesen Brief auch veröffentlichen.

- 1) [http://berufsverbote.de/tl\\_files/BW2022/BW2022\\_Kretschmann23-02-22.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/BW2022/BW2022_Kretschmann23-02-22.pdf)  
[http://berufsverbote.de/tl\\_files/BW2022/Kretschmann26-04-22.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/BW2022/Kretschmann26-04-22.pdf)  
[http://berufsverbote.de/tl\\_files/BW2022/Kretschmann23-08-22.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/BW2022/Kretschmann23-08-22.pdf)  
[http://berufsverbote.de/tl\\_files/BW2022/Kretschmann20-09-22.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/BW2022/Kretschmann20-09-22.pdf)

- 2) <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.schwarzer-donnerstag-kretschmann-bittet-opfer-um-entschuldigung.5b84b479-d621-4e09-917a-e03a2a251fcc.html>